

Zum Verhältnis von Nationalstaat und Migrationskontrolle

Ein Gespräch mit Fabian Georgi

Fabian Georgi arbeitet am Marburger Institut für Politikwissenschaft im Fachbereich »Europäische Integration«. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die europäische und internationale Migrationspolitik. Wir haben ein längeres Gespräch mit ihm geführt, in dem es um historische und strukturelle Aspekte der deutschen Migrationspolitik ging. Das ganze Gespräch ist nachzulesen auf radiocorax.de oder nachzuhören unter freie-radios.net/73395

CORAX Inwiefern hängen deines Erachtens Kapitalismus, bürgerlicher Staat und Migrationskontrolle zusammen?

Fabian Georgi Es ist ein komplexes Verhältnis. Zuerst muss man sagen, dass es ein widersprüchlicher Zusammenhang ist. Es gibt nicht eine Logik, die diesen Zusammenhang von Migration, Migrationskontrolle, Kapitalismus und Staat bestimmt. Da treffen widersprüchliche Prozesse aufeinander. Migration und Mobilität sind zunächst ein grundlegendes Handlungsmoment von Menschen, mit dem sie sich aus Herrschaftsverhältnissen herausbewegen. Sie tun das nicht nur in Reaktion auf kapitalistische Herrschaftsverhältnisse, sondern sie fliehen auch vor rassistischen, sexistischen und anderen, vielfältigen Dynamiken. Aber kreative Zerstörung, Enteignung, Freisetzung, Vertreibung entstehen notwendig aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess. Darauf haben die Menschen historisch immer wieder mit einer *eigensinnigen* Mobilität reagiert. Marx hat für das 18. Jahrhundert beschrieben, wie die schottischen Kleinbauern durch die Einzäunung von Schafplantagen vertrieben wurden. Die industrielle Transformation Europas im 19. Jahrhundert hat Millionen von Menschen dazu gebracht, in die USA zu emigrieren. Auch im 20. Jahrhundert sind immer wieder Menschen vor kapitalistischen Umwälzungen geflohen. Diese mobilen Reaktionen finden auf einem Kontinuum von Zwang und Eigensinnigkeit statt.

Der andere Aspekt besteht darin, dass Kapitalismus gleichzeitig auf die Mobilität von Arbeitskräften angewiesen ist. Wenn Menschen das nicht freiwillig tun, kann man sie auch mehr oder minder gewaltsam und mit ökonomischem Druck zu dieser Mobilität zwingen. Das heißt, die flexible Mobilität von Arbeitskräften, von Lohnabhängigen, ist eine Bedingung dafür, dass Kapitalismus funktioniert. Kreative Zerstörung des Kapitalismus



Wirkungswerte zweier Kräfte auf die Richtung der Bewegung.

setzt Menschen in Bewegung und gleichzeitig ist der Kapitalismus auf diese Bewegung angewiesen. – Nun kommt aber als dritter Aspekt hinzu, dass Kapitalismus kein gleichmäßiger Weltstaat ist, sondern in nationale Einzelstaaten gegliedert ist, zu denen Migrationskontrollen gehören. Mein Argument wäre, dass diese Migrationskontrollen der nationalen Einzelstaaten ein Strukturmerkmal sind.

Wie ist zu verstehen, dass der Kapitalismus einerseits auf Mobilität angewiesen ist, die westlichen kapitalistischen Staaten aber andererseits Mobilität durch Grenzkontrollen beschränken? Anhand welcher Kriterien wird darüber entschieden, ob eine Migration als legitim gesehen wird oder nicht?

Um das richtig zu verstehen, muss man grundlegend fragen und sich klar machen, dass kapitalistische Gesellschaften in ihrer Stabilität und Dauerhaftigkeit etwas Unwahrscheinliches sind. Es ist eigentlich überraschend, dass Gesellschaften, die zerrissen sind von Klassengegensätzen, von Marktkonkurrenz, von vielen Konflikten und Antagonismen, so dauerhaft stabil sein können und nicht bei jedem Konflikt neu auseinanderfliegen. Wie kommt diese Stabilität und Dauerhaftigkeit zustande? Es gibt viele Debatten dazu. Eine zentrale Antwort ist: Die Stabilität und Dauerhaftigkeit von kapitalistischen Staaten entsteht durch die Staatsapparate und auch viele nicht-staatliche Akteure sowie Normen und bestimmte Lebensweisen, die diese Antagonismen, Konflikte, Krisen und Probleme regulieren, prozessieren, befrieden und in Bahnen lenken, die dafür sorgen, dass die Gesellschaft eben nicht auseinanderfliegt.

»Die Stabilität kapitalistischer Gesellschaften im Norden beruht darauf, dass andere Menschen sowohl symbolisch als auch materiell ausgegrenzt werden, weil sonst die Kompromisse, die diese Gesellschaften stabilisieren, nicht funktionieren könnten.«

Der Punkt ist aber, dass diese Regulation der Krisen von kapitalistischen Gesellschaften nur dann funktionieren kann, wenn die Regulationsversuche auf ein begrenztes Territorium bezogen sind. Im Bezug auf die Migration wäre da ein spezifischer Bereich wichtig: Der französische Philosoph Étienne Balibar spricht von den *national-sozialen Staaten*. Dieser Begriff besagt, dass die explosiven Klassenkämpfe, die ständig drohen, kapitalistische Gesellschaften zu zerstören, seit etwa Mitte des 20. Jahrhunderts, nach dem Zweiten Weltkrieg, durch eine Kombination von Nationalismus und Sozialpolitik reguliert werden. Das heißt, die tendenziell unzufriedenen, vorher nicht integrierten lohnabhängigen Klassen werden dadurch befriedet und in den Staat integriert, indem ihnen symbolische, diskursive Zugeständnisse gemacht werden nach dem Motto: *Hey, ihr seid Teil der Nation, ihr seid besser als die Anderen, ihr habt dadurch mehr Anerkennung*. Zugleich werden ihnen aber materielle Zugeständnisse gemacht, in Form von Wohlfahrtsstaat, Sozialpolitik, kostenloser Bildung und so weiter.

Der Punkt ist nun, dass diese national-sozialen Kompromisse nur funktionieren, wenn sie räumlich und personell begrenzt sind. Wenn die materiellen Zugeständnisse, die es geben muss, personell unendlich groß wären, wenn sie auf jeden Menschen zutreffen würden, der zufällig in dieses Territorium kommt, wären diese Kompromisse letztlich zu teuer. Dann könnten sich die Kapitalisten den Kompromiss auch sparen. Auch die symbolische Integration der nationalen Bevölkerung bedarf natürlich der Abgrenzung bzw. der Ausgrenzung derjenigen Menschen, die nicht dazu gehören. Das heißt, ich versuche es zuzuspitzen, die Stabilität kapitalistischer Gesellschaften im Norden beruht darauf, dass andere Menschen sowohl symbolisch als auch materiell ausgegrenzt werden, weil sonst Kompromisse, die diese Gesellschaften stabilisieren, nicht funktionieren könnten.

Die Abgrenzung bzw. Ausgrenzung die du beschreibst, funktioniert nach einer kapitalistischen, nationalstaatlichen Rationalität. Wie erklärt es sich, dass die Menschen, die durch den national-sozialen Kompromiss eingebunden werden – die Lohnabhängigen etc. – diese Rationalität übernehmen und selbst in dazugehörig und die Anderen sortieren?

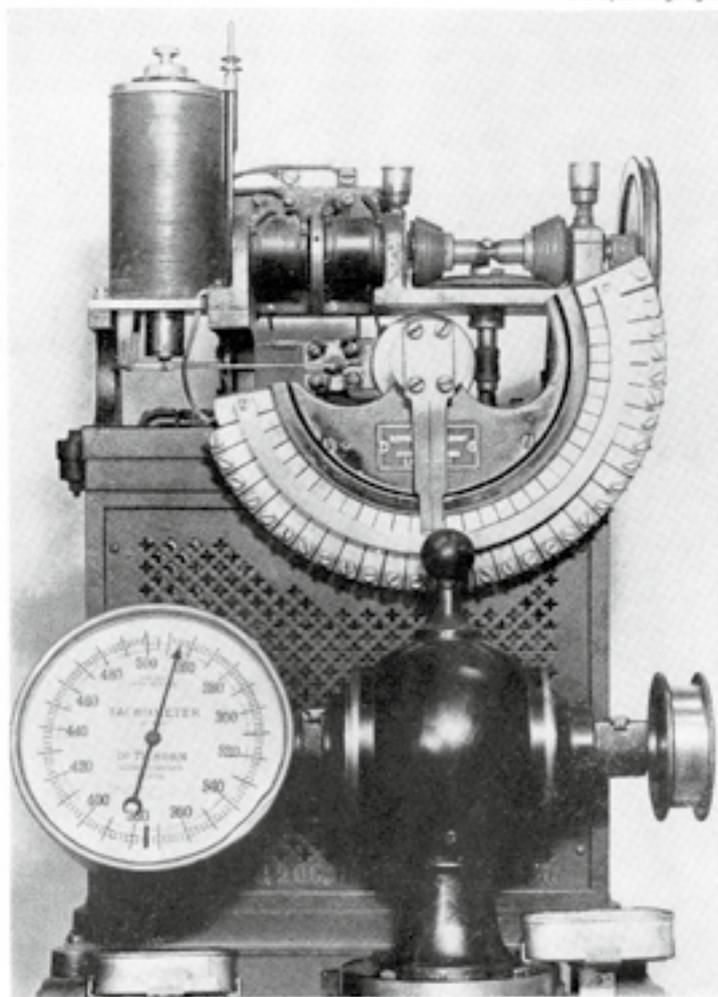
Ich denke, dass da mindestens zwei Dynamiken eine Rolle spielen, die sich auch überschneiden. Die eine

Ebene wäre eher ein nationaler Chauvinismus, die andere ein originärer, ökonomisch durchaus irrationaler Rassismus. Die erste Dynamik besteht darin, dass Staatsbürger_innen sehen, dass die *Privilegien* oder besser die sozialen Rechte, die sie als Deutsche haben, stark begrenzt sind. Die Argumente, die dauernd kommen – *die nehmen uns die Arbeitsplätze weg; die senken die Löhne; es gibt zu wenig Wohnungen; das Gesundheitssystem ist überlastet; es gibt zu wenig Schulen* und all dies – haben insofern einen rationalen Kern, weil unter den Bedingungen einer neoliberalen Regulation verschärfte soziale Konkurrenz und soziale Ausgrenzung sehr real sind, weil die Angst vor sozialem Abstieg berechtigt ist. Es geht hier um soziale Güter, um materielle Zugeständnisse, die den Kapitalist_innen in langen Kämpfen abgerungen wurden und die heute massiv unter Druck stehen. Die Chauvinist_innen im globalen Norden wissen, dass diese Errungenschaften oder Privilegien auf Ausgrenzung beruhen und sie versuchen, die Stabilität dieser übrigen Privilegierung zu verteidigen, indem sie verhindern wollen, dass andere dafür einen Zugang erhalten. Es ist Chauvinismus, aber es steckt leider ein rationaler Kern darin und deshalb ist es so schwer zu bekämpfen.

Zur zweiten Ebene: Man kann sich fragen, wo ist der Rassismus, was hat das mit Rassismus zu tun? Ich würde das auf zwei Arten beantworten: Zum einen ist Rassismus nicht etwas, was nichts mit materiellen Vorteilen zu tun hat – Rassismus ist ein soziales Verhältnis, durch das Menschen hierarchisiert und geordnet werden; nicht einfach folgenlos, sondern als Verteilungsmechanismus der Art: Wer erhält sowohl symbolische, als auch materielle Vor- und Nachteile? Und die Rassist_innen denken eben, die Menschen, die sie in der Hierarchie niedrig einordnen, die sind einerseits symbolisch niedriger gestellt, sollen aber natürlich auch materiell weniger Vorteile erhalten. Das heißt, Rassismus ist ein Mechanismus, der mit Bezug auf Äußerlichkeiten und *Kultur* begründet, warum sie selbst durchaus materielle Vorteile erhalten sollen und andere Menschen nicht.

Zum anderen gibt es aber durchaus soziale Kräfte und eine lange Tradition untergründigen Wissens und Diskurse, die das ernst meinen: dass weiße Menschen mehr wert sind, dass nur Weiße hier leben sollen, und die für dieses Ziel gesellschaftlich mobilisieren und dann solche Gelegenheiten wie die Krise oder Abstiegsängste auch dafür nutzen, ihre rassistische Ideologie zu

Der Spannungsregler



verbreiten und versuchen, den Menschen einzureden, dass ihre Probleme gelöst wären, wenn alle *Flüchtlinge* verschwinden würden. Sie verstehen die *weiße Gesellschaft* als einen Eigenwert und nutzen soziale Dynamiken dafür, ihre Ideologie durchzusetzen.

Wenn die chauvinistische Sortierung einen rationalen Kern hat, weil sie mit realen materiellen Privilegien verbunden ist – was hat man dann trotzdem für ein Gegenargument, um sagen zu können, dass diese Sortierung verkehrt ist?

Ich glaube, da liegt der Scheidepunkt zwischen einer linken und einer liberalen Kritik am Rassismus und an restriktiven Migrationspolitiken. Die liberale (bzw. links-liberale) Haltung würde sagen: Wenn Geflüchtete ausgrenzt werden, dann ist das in einem menschenrechtlichen Sinne schlecht – die Ressentiments gegenüber Geflüchteten widersprechen unseren ethischen Werten und deshalb soll das nicht passieren. Die linke Analyse bzw. die linke Kritik an der Ausgrenzung müsste dahin gehen, zu fragen, zu verstehen: Warum entstehen überhaupt Rassismus und Ausgrenzung? Warum sind sie auch so furchtbar schwer zu verändern, warum sind sie so dauerhaft? Und um das zu verstehen, müsste man eben die materiellen Dynamiken der Gesellschaft analysieren. Diese Analyse habe ich versucht skizzenartig darzulegen. Sie zeigt, dass Rassismus, Ausgrenzung und Repression gegen Flüchtlinge u.a. auch dadurch entstehen, wie die Welt materiell eingerichtet ist. Dass das

materiell vergleichsweise sichere Leben, die relative Privilegierung hier im Norden auch auf der Ausgrenzung und Entrechtung von anderen Menschen beruht. Das ist der rationale Kern. Die Konsequenz aus einer linken Sicht ist nicht wie bei den Rechten, zu sagen: *Aha, die Ausgrenzung privilegiert mich, also finde ich die Ausgrenzung gut und fordere sie noch ein.* Stattdessen sagt sie: *Dann müssen wir die Bedingungen ändern, die diese Dynamik und Ausgrenzung als in einem gewissen Bezugsrahmen rationale hervorbringen. Wir müssen diese Bedingungen ändern, wir brauchen eine andere Gesellschaftsordnung.*

Was hieße dann eine Willkommenskultur aus einer linken Sicht?

Eine Willkommenskultur, also den Leuten unmittelbar zu helfen, wäre in dem Sinne nicht nur human, humanistisch, menschenrechtlich zu verstehen. Willkommenskultur heißt auch, sich gegen die neu beginnende und immer noch existierende Ausgrenzung durch Staaten, durch staatliche Politiken zu wehren: Residenzpflicht, die Fixierung auf Lager, die Abschiebungen, etc. Willkommenskultur wäre zu politisieren. Und auf einer weiteren Ebene hieße es zu versuchen, dass, wenn wir mit Willkommen auf diese Bewegungen reagieren wollen, es nicht ausreicht, zu klatschen und ein bisschen Essen zu verteilen, und es wird auch nicht ausreichen, die repressivsten Migrationspolitiken zurückzudrängen. Vielmehr braucht es eine andere Anordnung der Welt, wo wir in der Lage wären, die Ressourcen aufzuwenden (die viel größer sein müssten als heute), um auf die Ankunft der Menschen zu reagieren. Und zum anderen auch eine Anordnung der Welt, die es den Menschen ermöglicht zu wählen, ob sie überhaupt kommen möchten – eine Anordnung, die nicht die ganze Zeit Krisen hervorbringt, die zu Kriegen eskalieren und den Menschen keine Wahl lassen, als zu kommen. Das Verhängnis, das durch Krieg und Krisen einerseits und durch die Grenzpolitik des Nordens andererseits entsteht, lässt sich nicht durch Willkommensfeste und ein paar kleine Reformen lösen. Es verweist stattdessen auf die Notwendigkeit, die ganze Gesellschaft insgesamt umzubauen, eine Alternative zur imperialen Produktions- und Lebensweise zu entwickeln. 